

I. Anmeldung

TOP: _____

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit
Sitzungsdatum 30.11.2016
öffentlich

Betreff:
Sicherheit am Wöhrder See

Anlagen:
 Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 27.04.2016
 Bericht
 Stellungnahme des Polizeipräsidium Mittelfranken vom 14.06.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung über Übergriffe auf Frauen in den Freizeitbereichen rund um den Wöhrder See wird über die Möglichkeit der Einrichtung polizeilicher Videoüberwachung und Notrufsäulen berichtet.

Von Seiten des PP Mittelfranken wird eine polizeiliche Videoüberwachung in den vorgeschlagenen Bereichen aus rechtlichen sowie technischen Erwägungen nicht befürwortet. Auch die Errichtung von Notrufsäulen wird letztendlich nicht als zielführend bewertet. Die Polizei setzt verstärkt auf gezielte polizeiliche Einsatzmaßnahmen, um den bzw. die örtlich agierenden Täter festnehmen zu können. Flankierend hierzu wird seitens des SÖR bei der Neuplanung von öffentlichen Grünanlagen darauf geachtet, dass durch Bepflanzungen keine Angsträume (bspw. durch dichte Bepflanzungen) entstehen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 2. BM/SÖR

II. Herrn OBM

III. Ref. VII

Nürnberg,

()